

## **Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 06.10.2005**

Deutschland braucht eine handlungsfähige, stabile Bundesregierung der Erneuerung und der sozialen Gerechtigkeit.

Wir haben als SPD noch am Wahlabend deutlich gemacht, dass wir regieren wollen mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler, um so viel wie möglich von unserem Wahlmanifest umsetzen zu können. Das entspricht der Logik und dem Ergebnis von Wahlkampf und Wahltag.

In den Sondierungen nach der Bundestagswahl hat sich eine Ampelkoalition als – zumindest zurzeit – nicht realisierbar erwiesen.

Eine Minderheitsregierung oder Neuwahl schließen wir als Ziel für die anstehenden Entscheidungen aus.

Zu klären ist, ob und zu welchen Bedingungen eine große Koalition von SPD und CDU und CSU mit einem tragfähigen politischen Programm zustande kommen kann.

Die Chance, erfolgreich und gemeinsam Politik für das Land zu machen, ist gegeben. Sie setzt eine sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit in Form eines auf vier Jahre angelegten Zweckbündnisses voraus. Sonst wäre ein Scheitern zu befürchten.

Dabei muss in jedweder Weise und jeder Zeit deutlich sein und bleiben, dass SPD einerseits und CDU und CSU andererseits gleichberechtigte Partner in einer solchen Zusammenarbeit sind, in der Regierung und im Parlament.

Die drei Sondierungsgespräche haben Dialogfähigkeit in der Sache ergeben, waren aber naturgemäß nicht auf Vereinbarungen angelegt.

Es kommt jetzt darauf an, in konkreten Schritten zu klären, ob es zu Koalitionsverhandlungen kommen kann.

Zu dieser Klärung soll eine Phase ergebnisorientierter Spitzengespräche führen, die zeitnah beginnen wird. Dabei sollen belastbare Vereinbarungen fixiert werden zur Arbeitsweise einer möglichen Koalition in Regierung und Parlament, zum Regierungszuschnitt, zur Kanzlerschaft und zu einigen markanten inhaltlichen Punkten.

Angestrebt wird, die Gesprächsfolge so zu einem Ergebnis zu führen, dass der Parteivorstand der SPD in seiner Sitzung am 10.10.2005 entscheiden kann, ob auf dieser so gefundenen Grundlage eine Koalitionsverhandlung mit Aussicht auf Erfolg beginnen kann. Dabei wird zu jedem Zeitpunkt gelten: Nichts ist vereinbart, solange nicht alles vereinbart ist.

Wenn eine solche Verhandlung beginnt, gilt für beide Seiten, dass eine zeitgleiche Bemühung um eine andere Koalition ausgeschlossen ist.

Die SPD wird auf einem Parteitag über den Eintritt in eine Koalition entscheiden.